

Von: josef.muttenthaler <josef.muttenthaler@chello.at>  
An: "gasnachweis@e-control.at" <gasnachweis@e-control.at>  
Betreff: [gasnachweis] Stellungnahme zum Entwurf einer Novelle der Gaskennzeichnungsverordnung 2023  
Datum: 19.05.2023 10:13:20 (Europe/Vienna)

## A) Allgemeines

### 1. Verordnungsermächtigung (Rechtsgrundlagen)

Der Entwurf stützt sich auf die §§ 129c Abs. 5 und 130 Abs. 8 GWG.

§ 129c Abs. 5 lautet: Betreffend Anerkennbarkeit von Herkunftsnachweisen für Zwecke der Gaskennzeichnung können Bedingungen (Anmerkung: was immer damit gemeint ist) in der Verordnung gemäß § 130 Abs. 8 festgelegt werden.

§ 130 Abs. 8 lautet: Die Regulierungsbehörde kann durch Verordnung nähere Bestimmungen über die Gaskennzeichnung sowie Ausgestaltung der Herkunftsnachweise erlassen. Dabei sind insbesondere der Umfang der gemäß § 129b und 130 bestehenden Verpflichtungen sowie Vorgaben für die Ausgestaltung der Herkunftsnachweise zu den verschiedenen erneuerbaren Gasen und der Gaskennzeichnung gemäß diesen Rechtsvorschriften näher zu bestimmen.

Der Entwurf geht über die Verordnungsermächtigung in einigen Bestimmungen hinaus und ist somit gesetzeswidrig. Dies trifft insbesondere auf folgende Bestimmungen zu: Internationaler Handel, Ausnahmen von der Gaskennzeichnung und Bezugnahme auf Bestimmungen des EAG.

### 2. Sonstige Rechtsgrundlagen

Gemäß § 130 Abs. 1 GWG sind Versorger, die **in Österreich** Endverbraucher mit Gas beliefern, verpflichtet, für **Endverbraucher** den Versorgermix auszuweisen.

Gemäß § 129b Abs. 6 GWG darf nur für jede Einheit erzeugtes erneuerbares Gas ein Herkunftsnachweis ausgestellt werden. Gemäß Abs. 7 gelten Herkunftsnachweise zwölf Monate ab der Erzeugung. Herkunftsnachweise, die nicht entwertet wurden, werden spätestens 18 Monate nach der Erzeugung mit „verfallen“ versehen.

§ 129c GWG regelt die Anerkennung von Herkunftsnachweisen aus anderen Staaten.

Gemäß § 83 Abs. 1 EAG darf für jede Einheit erzeugte Energie (aus erneuerbaren Quellen) nur ein Herkunftsnachweis ausgestellt werden. Gemäß Abs. 2 gelten Herkunftsnachweise 12 Monate ab der Erzeugung. Ein Herkunftsnachweis ist nach seiner Verwendung zu entwerten. Herkunftsnachweise, die nicht entwertet wurden, werden spätestens nach der Erzeugung mit dem Status „verfallen“ versehen.

§ 84 EAG regelt die Anerkennung von Herkunftsnachweisen aus anderen Staaten.

Gemäß § 85 Abs. 1 EAG dient das Grüngassiegel dem Nachweis der Erreichung der Grüngasquote. Nach Abs. 2 **können** Herkunftsnachweise mit einem Grüngassiegel versehen werden (keine Voraussetzungen festgelegt). Nach Abs. 3 **ist** ein Grüngassiegel auszustellen, wenn erneuerbares Gas aus erneuerbaren Energie hergestellt wird, die auf das nationale Erneuerbare-Referenzziel der Republik Österreich gemäß Art. 3 Abs. 2 der RL (EU) 2018/2001 angerechnet werden kann. Wird Gas aus Energie in Form von Biomasse-Brennstoffen hergestellt, so hat sie außerdem den Nachhaltigkeitskriterien und den Kriterien für Treibhauseinsparungen gemäß § 6 Abs. 2 und 3 zu entsprechen.

Herkunftsnachweise für erneuerbares Gas können derzeit sowohl nach dem GWG als auch nach dem EAG ausgestellt.

Herkunftsnachweise können für die Gaskennzeichnung und für die Quotenerfüllung verwendet werden. Unklar ist, ob auf Herkunftsnachweisen gemäß GWG ein Grüngassiegel angebracht werden kann. Unklar ist weiters, ob ein Herkunftsnachweis sowohl für die Gaskennzeichnung als für die Quotenerfüllung verwendet werden darf, zumal

ein Herkunftsnachweis nach seiner Verwendung zu entwerfen ist (eine Doppelverwendung scheint somit ausgeschlossen zu sein). Es ist weiters unklar, ob auf einem Herkunftsnachweis gemäß EAG die in § 4 Abs. 3 Z 3 des Entwurfes vorgesehenen Angaben zu den Nachhaltigkeitskriterien gemacht werden dürfen (nach EAG nicht vorgesehen). Unklar ist auch, ob auf einem ausländischen Herkunftsnachweis ein Grüngassiegel angebracht werden darf.

## **B) Zu den einzelnen Bestimmungen**

Zu § 1 (Punkt 2)

Nun soll auch der „internationale Handel“ Gegenstand des Entwurfes sein. Wie bereits ausgeführt fehlt für diese Regelung die entsprechende Verordnungsermächtigung. Im Übrigen ist mit § 129e GWG die Anerkennung von Herkunftsnachweisen aus anderen Staaten bereits geregelt. Die angedachte Regelung steht im Widerspruch zu § 129e.

Zu § 4 Abs. 4 (Punkt 5)

Auch dieser Bestimmung (Ausnahme) dürfte es an einer entsprechenden Verordnungsermächtigung mangeln.

Zu § 4a (Punkt 6)

Die Formulierung „sind zu transferieren“ widerspricht dem § 129b Abs. 10 GWG.

Zu § 4a Abs. 3 (Punkt 6), § 7 Abs. 1 (Punkt 10), § 7 Abs. 4 (Punkt 12) und § 7a (Punkt 13)

Die Bezugnahme auf die §§ 81, 84 und 86 EAG haben zu entfallen. Gegenstand des vorliegenden Entwurfes können nur nähere Bestimmungen zu den in der Promulgationsklausel angegebenen Bestimmungen gemäß GWG sein. Für die Bezugnahme auf das EAG fehlt die Verordnungsermächtigung. Hinzuweisen ist, dass für erneuerbares Gas sowohl nach dem GWG als auch nach dem EAG Herkunftsnachweise ausgestellt werden können. Diese legistische Fehlleistung kann nicht mit VO bereinigt werden.

Zu § 7a (Punkt 13)

Ungeachtet der fehlenden Verordnungsermächtigung ist festzuhalten, dass gemäß § 129e GWG der Import von Herkunftsnachweisen aus der EU oder aus Drittstaaten bereits geregelt ist (vgl. dazu auch § 84 EAG). Ob Herkunftsnachweise aus anderen Staaten anzuerkennen sind, ist ausschließlich nach § 129c GWG bzw. nach § 84 EAG zu beurteilen. Für den Export von Herkunftsnachweisen bedarf es im Hinblick auf § 130 Abs. 1 GWG keiner Regelung. Im Übrigen ist anzumerken, dass für Herkunftsnachweise nach dem EAG keine vergleichbare Bestimmung vorgesehen ist. Der Anschluss an die Schnittstelle AIB dürfte ohne gesetzliche Grundalge erfolgt sein. Diese Bestimmung ist mangels Verordnungsermächtigung zu streichen.

mfg  
mutterthaler